



Die Energiewende ist auch ohne Eingriffe in Schutzgebiete und -objekte möglich. Vorrangig gilt es, das Potenzial für die Produktion von Sonnenenergie auf dafür geeigneten Flächen konsequent zu nutzen.

## Energiewende ohne Ablenkungsmanöver

**Der Ausstieg aus der Atomenergie ist möglich. Eine unliebsame, aber wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Energiepreise steigen. Sie machen Effizienzmassnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien umso lohnenswerter. Das Potenzial ist vor allem bei der Photovoltaik gross. Die Forderung, den Schutz von Natur- und Baudenkmälern zugunsten der Energiewende zu lockern, lenkt hingegen von den wirklich wichtigen Fragen ab.**

**KARIN SCHWEITER** Es braucht die Energiewende, unbestritten. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist möglich und nötig. Er wirft aber auch viele Fragen auf. Die vielleicht wichtigste heisst: *Wie lässt sich der absolute Gesamtstromverbrauch reduzieren?* Nach wie vor steigt dieser von Jahr zu Jahr. Und das, obwohl viel in Stromeffizienz investiert wird: Glühbirnen werden durch LED ersetzt, Elektroboiler ausgewechselt, effiziente Geräte gekauft. Parallel dazu findet ein ständiges Aufzurüsten statt, welches die Effizienzanstrengun-

gen wieder zunichtemacht. Laut Bundesamt für Statistik (BFS) erreichte der Stromverbrauch im Jahr 2013 mit 59,3 Terawattstunden den zweithöchsten Stand in der Geschichte der Schweiz. Diese Entwicklung ist bis jetzt unaufhaltbar und stellt uns vor wichtige Entscheide. Denn jede Form der Stromerzeugung – ob erneuerbar, fossil oder atomar – hat ihre spezifischen negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Die erneuerbaren Energien schneiden dabei allerdings in der Regel deutlich besser ab.

### **Nur schmerzende Preise wirken**

Eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage wäre der Wechsel vom heutigen Fördersystem mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für erneuerbare Energien auf eine Lenkungsabgabe. Im Unterschied zur heutigen CO<sub>2</sub>-Abgabe, die ausschliesslich auf Brennstoffen erhoben wird, müsste diese Lenkungsabgabe sämtliche Energieträger und -formen umfassen und dabei sowohl den Energiegehalt wie auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die externen Kosten berücksichtigen.

Die heutige Subventionierungspolitik hat zwar durchaus ihre positiven Seiten, indem sie hilft, neuen Technologien den Markteintritt zu erleichtern. Sie führt aber auch dazu, dass grundsätzlich marktfähige Projekte unterstützt oder ökologisch fragwürdige Projekte realisiert werden. Viel wirkungsvoller wäre es, bei der Nachfrage anzusetzen. In der Energiestrategie 2050 des Bundes ist für die Zeit nach 2020 ein Wechsel vom heutigen Förder- zu einem Lenkungssystem vorgesehen. Aus Sicht von Pusch gibt es keinen Grund, mit diesem Systemwechsel so lange zuzuwarten. Ob die Stromnachfrage damit insgesamt reduziert werden kann, ist jedoch abhängig von der Höhe der Lenkungsabgabe; diese müsste so hoch sein, dass sie schmerzt. Dabei führen hohe Energiepreise nicht zwangsläufig zu höheren Kosten für Unternehmen und Privatpersonen, wie gerne lamentiert wird. Denn wer auf die höheren Preise reagiert und mit Effizienzmassnahmen seinen Verbrauch senkt, wird unter dem Strich nicht mehr bezahlen. Und genau das ist das Ziel einer nachhaltigen Energienutzung: den Verbrauch zu senken und den verbleibenden Bedarf mit erneuerbaren Energien zu decken.

### **Wasser ist weiterhin der zentrale Energieträger**

Eine weitere wichtige Frage lautet: *Wo ist der Ausbau von Anlagen zur Gewinnung von erneuerbaren Energien sinnvoll?* Windturbinen, Wasserkraftwerke und Solarpanels verändern den Charakter von Landschaften und Gebäuden erheblich. Klar ist, dass eine nachhaltige Energieversorgung nicht ohne sichtbare Eingriffe zu haben ist. Damit sie gelingt, muss die ganze Palette der verfügbaren erneuerbaren Energien genutzt werden. Dies bedeutet aber nicht, dass Schutzperimeter in Bedrängnis geraten müssen. Es soll dort ausgebaut werden, wo das Potenzial gross ist und nicht mit Schutzinteressen kollidiert.

Pusch hält deshalb an der Position zum Ausbau der Wasserkraft fest, dass eine moderate Nutzungssteigerung möglich sein und dass die Wasserkraft innerhalb der erneuerbaren Energien in der Schweiz weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen soll. Eine Ertragssteigerung durch technische Erneuerung von Anlagen steht dabei an erster Stelle. Bezüglich Rentabilität solcher Investitionen sollen nicht möglichst tiefe Energiepreise die Massgabe sein, sondern es soll von Strompreisen ausgegangen werden, die einer Lenkungsabgabe unterliegen und auch die externen Kosten internalisieren. An zweiter Stelle steht der Ausbau von bisherigen Anlagen, sofern sie nicht geschützte Gebiete betreffen. Der Bau von neuen Anlagen soll nur im Rahmen von

## **Dossier Energiewende**

Die Beiträge des vorliegenden Dossiers basieren auf den Referaten der Tagung «Natur- und Heimatschutz: kein Stolperstein für die Energiewende», die Pusch am 10. September 2014 mit Unterstützung des Bundesamtes für Energie (BFE) in Solothurn durchgeführt hat.

koordinierten Planungen möglich sein, wobei die Belastungen an einzelnen Orten konzentriert werden müssten. So lassen sich Gebiete mit hohem ökologischen Wert besser schützen. Gegenüber Kleinwasserkraftwerken ist Pusch kritisch eingestellt, da sich eine stark dezentralisierte Stromerzeugung in der Summe negativ auf die Qualität der Gewässer und der Lebensräume auswirken dürfte.

Bei den Windkraftanlagen ist die Situation ebenfalls komplex. Einerseits sind Windturbinen aus Sicht des Landschaftsschutzes ein grosser Eingriff, da sie typischerweise an gut sichtbaren, exponierten Lagen erstellt werden. Andererseits sind die ökologischen Auswirkungen, wenn Windkraftwerke nicht in Schutzgebieten und Vogelzugschneisen stehen, relativ klein und die Anlagen können rückgebaut werden. Pusch befürwortet einen planerisch koordinierten Ausbau der Windkraft an den Orten mit grossem Potenzial und kleinen Auswirkungen.

Viel entspannter ist die Situation bei der Photovoltaik. In der Schweiz stehen über 1,5 Millionen Bauten zur Verfügung, die für Solaranlagen genutzt werden könnten. Vor allem bei den Industriebauten mit ihren oft grossen Dachflächen ist das Potenzial für Photovoltaikanlagen enorm gross.

### **Schutzobjekte sind nicht relevant**

Angesichts dieser wichtigen Fragen zur Energiewende ist die parlamentarische Initiative von Ständerat Joachim Eder ein Ablenkungsmanöver, aber eines, das grossen Schaden anrichten kann. Denn die Initiative will unter dem Vorwand der Energiewende erreichen, dass Eingriffe in geschützte Landschaften und Bauten von nationaler Bedeutung leichter möglich sein sollen, wenn ihnen andere öffentliche Interessen, namentlich auch kantonale Interessen, entgegenstehen.

Mit der Initiative soll gleichzeitig die Stellung der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission ENHK grundsätzlich geschwächt werden. Diese unabhängige, ausserparlamentarische Kommission berät den Bund bei Fragen zum Natur- und Heimatschutz, indem sie beurteilt, ob ein geplantes Projekt zu einer Beeinträchtigung eines Schutzobjektes von nationaler Bedeutung führt. Diese Objekte

sind in den drei Bundesinventaren BLN (Landschaften und Naturdenkmäler), ISOS (Ortsbilder) und IVS (historische Verkehrswege) aufgeführt. Nach heute geltendem Recht ist ein Projekt, das zu einer schweren Beeinträchtigung eines in den Bundesinventaren aufgeführten Objektes führt, nur dann bewilligungsfähig, wenn das geplante Projekt ebenfalls von nationaler Bedeutung ist. Insofern hat die Beurteilung der ENHK heute ein grosses Gewicht. Geht es nach der Initiative, so soll die Beurteilung der ENHK künftig lediglich als eine von verschiedenen Grundlagen in eine Gesamtbeurteilung miteinbezogen werden und damit stark an Stellenwert verlieren.

Für Pusch ist jedoch klar, dass der Schutz von Natur- und Kulturgütern nicht zum Spielball unterschiedlichster politischer Interessen werden darf. Genau deshalb hat die Schweiz ein Natur- und Heimatschutzgesetz geschaffen. Schutzobjekte von nationaler Bedeutung sind für die Energiewende in aller Regel irrelevant. Steht ihnen ein nationales öffentliches Interesse entgegen, ist bereits heute eine Interessenabwägung möglich.

Das Potenzial für den Zubau erneuerbarer Energien ausserhalb der Schutzperimeter ist gross genug. Mit Einsparungen, griffigen Effizienzmassnahmen, einem beschleunigten Ausbau der Solarenergie auf bestehenden Gebäuden und Anlagen und dem Ausbau anderer Technologien in bereits genutzten Räumen kann die Energiewende massiv an Fahrt aufnehmen und naturverträglich umgesetzt werden.

Links und weitere Infos:  
[www.pusch.ch/dossier](http://www.pusch.ch/dossier)



**Karin Schweiter**, Projektleiterin, Pusch, Postfach 211, 8024 Zürich, 044 267 44 73, [karin.schweiter@pusch.ch](mailto:karin.schweiter@pusch.ch), [www.pusch.ch](http://www.pusch.ch)